

A stylized map of Tunisia composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific locations or points of interest.

Demokratiedividende gesucht

Tunesiens Wirtschaftsrevolution lässt auf sich warten

THOMAS CLAES

August 2016

- Soziale Proteste sind zu einer neuen Normalität im post-revolutionären Tunesien geworden. Die Lebensqualität für viele Tunesier_innen hat sich seit 2011 spürbar verschlechtert. Nachdem wichtige politische Meilensteine des Transitionsprozesses gemeistert wurden, ist es nun an der Zeit, die soziale Gerechtigkeit in Tunesien zu stärken. Nur so können die wichtigen demokratischen und gesellschaftlichen Erfolge der letzten Jahre gesichert werden. Dies muss auch im Interesse internationaler Akteure wie der Europäischen Union sein, die den Demokratisierungsprozess in Tunesien seit Jahren unterstützt.
- Seit Ende August 2016 hat Tunesien eine neue Regierung, die vor enormen wirtschafts- und entwicklungspolitischen Herausforderungen steht. Die Arbeitslosigkeit ist unvermindert hoch, insbesondere unter jungen Menschen. Der Arbeitsmarkt wird von einem großen informellen Sektor dominiert. Die Wirtschaft ist stark von ausländischen Investitionen und externer Nachfrage abhängig und entwickelt sich nur langsam. Die tunesischen Sozialsysteme stehen unter wachsendem Druck.
- In der tunesischen Wirtschaftspolitik ist dringend ein Umdenken gefragt. Noch ist fraglich, welchen Weg die neue Regierung einschlagen wird. Doch ob diese Regierung den Willen und das politische Gewicht für die benötigten Reformen hat, ist fraglich. Eine neue Wirtschaftspolitik muss die großen Herausforderungen aktiv angehen – allen voran die regionale Disparität, Armut und Massenarbeitslosigkeit sowie die Ausbreitung der informellen Wirtschaft.
- Eine neue Wirtschaftspolitik muss vor allem Alternativen zu neoliberalen Entwicklungsmodellen bereitstellen, die keine Option für die Zukunft sind. Sollte die neue Regierung den politischen Willen zu einem umfassenden Neuanfang haben, müssen nationale Akteure, wie der Gewerkschaftsdachverband *Union Générale Tunisienne du Travail* (UGTT) und internationale Akteure wie die EU und auch Deutschland eng mit der Regierung kooperieren.

Am 26. August 2016 bestätigte das tunesische Parlament eine neue Regierung, nachdem der vorherigen das Vertrauen entzogen worden war. Youssef Chahed, ein 41-jähriger Agraringenieur, wurde damit zum siebten Premierminister seit der Revolution. Sein Kabinett, das als Regierung der nationalen Einheit angelegt ist, umfasst Repräsentanten verschiedener politischer Strömungen. Vertreten sind, neben der säkular-konservativen Nidaa Tounes auch die liberalen Parteien Afek Tounes und Union Patriotique Libre sowie der islamisch-konservativen Ennahda, auch Vertreter des linken Spektrums und Persönlichkeiten, die der UGTT nahestehen. Die UGTT stellt den neuen Sozialminister und besetzt ebenso das Ministerium für den öffentlichen Dienst und Korruptionsbekämpfung. Diese Ministerien werden wichtige Schaltstellen für zukünftige Reformen sein, könnten sich im Falle einer Austeritätspolitik jedoch auch als Schleudersitze entpuppen.

Als einer der Hauptgründe für die breite Koalition wird die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage des Landes genannt. In seiner Antrittsrede mahnte Chahed, dass die Ziele der Revolution besonders in wirtschaftlicher Hinsicht erreicht werden müssen. Jedoch erwähnte er für den Fall einer anhaltenden Wirtschaftskrise bereits schmerzliche Sparmaßnahmen.

Weitere Sparmaßnahmen beinhalten jedoch eine nicht unerhebliche politische Sprengkraft. So begann bereits das Jahr 2016 in Tunesien mit einer der größten Protestwellen seit der Revolution. Im Landesinneren gingen tausende junge Menschen auf die Straße. Nur mit Mühe konnten die Proteste eingedämmt werden. Diese Ereignisse hatten noch einmal verdeutlicht, wie dringend sich die wirtschaftliche und soziale Lage in Tunesien verändern muss, damit sich das Land weiterentwickeln kann. In dieser Situation können und müssen Deutschland und die Europäischen Union (EU) eine zentrale Rolle spielen. Tunesien muss wirtschaftlich und politisch gestärkt werden, damit es einen sozialen Ausgleich schaffen kann.

Tunesien hat in den Jahren seit der Revolution von 2011 beachtliche Fortschritte in der demokratischen Entwicklung erzielt. Wichtige Etappen – Wahlen, die Verabschiedung einer neuen Verfassung und Regierungswechsel – wurden trotz einiger Schwierigkeiten erfolgreich abgeschlossen. Doch ungeachtet dieser Erfolge bleiben zahlreiche Probleme offensichtlich. Die Sicherheitslage in Tunesien ist nach wie vor angespannt. 2015 haben mehrere Anschläge dem Tourismussektor schwere Rückschläge

versetzt. Auch die instabile Situation im Nachbarland Libyen stellt noch immer ein großes Risiko dar.

Wirtschaft mit strukturellen Defiziten

Wie die Proteste gezeigt haben, liegen die dringlichsten Probleme Tunesiens im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Viele der wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind strukturell bedingt. Die Proteste von 2010 und 2011, die letztlich zur Revolution führten, entstanden maßgeblich vor dem Hintergrund einer anhaltenden sozioökonomischen Krise. Soziale Gerechtigkeit und eine »würdevolle« Teilhabe am wirtschaftlichen Leben waren die zentralen Forderungen der Proteste. Teilweise sind die sozialen Ungerechtigkeiten die Folgen fehlgeleiteter Strukturanpassungen, die u. a. auf Betreiben von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) seit Mitte der 1980er-Jahre in Tunesien vorgenommen worden sind. Zudem hatte das Regime von Ben Ali, ein autoritärer Polizeistaat, kein Interesse an echter Umverteilungspolitik und sozialer Gerechtigkeit. Eine kleine Elite hat lange Zeit sehr gut vom tunesischen Wirtschaftswachstum profitiert. Nach außen konnte Tunesien sich längere Zeit mit hohen Wachstumsraten als kleines Wirtschaftswunder präsentieren. Die Proteste der wirtschaftlich Benachteiligten wurden hingegen mit Gewalt und Repressionen beantwortet.

Das Wirtschaftswachstum Tunesiens hatte sich unmittelbar nach der Revolution zunächst erholt, ist inzwischen aber wieder sehr schwach. 2015 wuchs die tunesische Wirtschaft nur um ein Prozent. Darüber hinaus ist Tunesien zunehmend überschuldet. Im März 2016 betragen die öffentlichen Schulden 47,45 Milliarden Dinar (ca. 22 Milliarden Euro). Davon sind fast zwei Drittel (30,3 Milliarden Dinar) Auslandsverschuldung. Insgesamt entspricht die Verschuldung 54,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Um die wirtschaftliche Situation besser zu verstehen, ist ein Blick auf die zentralen Sektoren der Wirtschaft, die Agrar-, die Dienstleistungs- und die Fertigungsindustrie, notwendig.

Ertragreiche, aber wenig modernisierte Landwirtschaft

In vielen Landesteilen ist Tunesien stark von der Agrarwirtschaft geprägt. Die Landwirtschaft macht etwa acht Prozent des tunesischen BIP aus und beschäftigt rund

20 Prozent der Arbeitskräfte, darunter viele Frauen. Doch insbesondere im Süden fehlt es an wichtigen Investitionen, um den Sektor produktiver zu machen. Im Zuge von Strukturanpassungen, die durch Kredite der Weltbank gefördert worden sind, wurde Farmland von kleinen staatlichen Kooperativen an große private Farmen übergeben. Viele Arbeitsstellen wurden dadurch vernichtet; kleine Farmer_innen konnten mit den großen Betrieben nicht mithalten.

Ein großer Teil der Landwirtschaft produziert für den Export. Besonders Früchte und Olivenöl werden mit guten Gewinnen exportiert. Hauptmarkt für den Export ist Europa. Leider hat es die Agrarpolitik jedoch versäumt, den Bedarf an Grundnahrungsmitteln aus heimischer Produktion zu decken. Vor allem Getreide muss in großen Mengen importiert werden. Dies führt für Tunesien zu einem relativ hohen Handelsdefizit für Nahrungsmittel.

Der Dienstleistungssektor in der Krise

Der tunesische Dienstleistungssektor ist teilweise sehr gut entwickelt und summiert sich auf ca. 45 Prozent des BIP. Problematisch ist jedoch die hohe Abhängigkeit von ausländischer Nachfrage. Diese kann schnell umschlagen, wie der Tourismussektor aktuell zeigt. Dieser hat seit der Revolution von 2011 und noch einmal durch die Anschläge von 2015 stark gelitten. Allerdings bestanden auch hier bereits strukturelle Defizite, die schon vor 2011 zu rückläufigen Zahlen bei den Besucher_innen geführt haben. Viel zu lange wurde auf Pauschal Tourismus und große Hotelanlagen gesetzt. Wichtige Investitionen und Modernisierungen, etwa bei der Infrastruktur, wurden kaum umgesetzt. Auch das touristische Potenzial im historisch-kulturellen Bereich wird kaum ausgeschöpft.

Dominanz von Auslandsinvestitionen und Staatsbetrieben in der Industrie

Die tunesische Industrie ist im Wesentlichen zweigeteilt in einen exportorientierten Sektor (*Offshore*-Produktion) und einen Sektor, der hauptsächlich für den heimischen Markt produziert (*Onshore*). Der *Offshore*-Sektor besteht vor allem aus Fertigungsbetrieben. Dazu werden Komponenten importiert, die dann in Tunesien verarbeitet werden. Dies sind u. a. Maschinenteile oder auch Kleidung. Die fertigen Produkte werden anschließend wieder

exportiert. Hierbei entstehen zwar vergleichsweise viele Arbeitsplätze, diese sind aufgrund der geringen Qualifikation und des Überangebots ungelernter Arbeitskräfte jedoch nur schlecht bezahlt. Die Wertschöpfung für Tunesien ist damit gering, ebenso wie das Innovationspotenzial dieser Branche. Die benötigten Maschinen werden oft importiert; ein Technologie- oder Wissenstransfer nach Tunesien findet kaum statt. Ein prominentes Beispiel für diese Art der Industrie ist die Zulieferindustrie für Automobile. Teile, die viel Handarbeit erfordern, wie etwa Kabelbäume, werden in Tunesien gefertigt und anschließend exportiert. Viele deutsche Unternehmen sind in diesem Bereich in Tunesien tätig.

Die staatlichen Einnahmen aus dem Exportgeschäft sind, gemessen an der Größe der Industrie, sehr gering, da der *Offshore*-Sektor, der von europäischen Unternehmen dominiert wird, von großzügigen Steuervorteilen profitiert. Damit versucht der tunesische Staat, ausländische Investitionen anzulocken. Die Reinvestition der Gewinne ist nur schwach ausgeprägt: Die meisten Gewinne werden »repatriiert«, also aus Tunesien abgezogen. Insgesamt wurden seit 2011 etwa zwei Milliarden Dinar mehr aus Tunesien abgezogen als investiert. Für lange Zeit war jedoch die Rolle des »Niedriglohn-Landes« in unmittelbarer Nähe zur EU ein wichtiger Bestandteil der tunesischen Entwicklungsstrategie. Die begrenzten Möglichkeiten dieser Strategie im Zeitalter des globalen Handels sind jedoch offensichtlich. In Konkurrenz mit Ländern wie Bangladesch kann Tunesien nur verlieren.

Die heimische tunesische Industrie ist durch hohe Einfuhrzölle und weitere politische Maßnahmen stark protegert. Gemeinsam mit der Dominanz großer Staatsbetriebe führt dies zu einer wenig wettbewerbsfähigen Industrie. Auch die Einschränkungen bei der Konvertierung der Landeswährung in Devisen stellen ein Handelshindernis dar. Ein weiteres Problem ist, dass *Offshore* und *Onshore* fast gar nicht miteinander verknüpft sind. Die heimische Industrie produziert kaum Güter, die für den Exportsektor benötigt werden. Oft mangelt es an Qualität und Know-how. Umgekehrt finden die Produkte der *Offshore*-Produktion keine lokalen Abnehmer_innen.

Vor dem Hintergrund einer mit ausländischen Investitionen entwickelten Exportindustrie bei einer gleichzeitig unterentwickelten heimischen Industrie sprechen Wirtschaftswissenschaftler_innen von struktureller Heterogenität. Diese liegt vor, wenn es zwischen verschiedenen

Branchen einer Volkswirtschaft ein erhebliches Produktivitäts- und Einkommensgefälle gibt. Der relativ hohen Produktivität einer mit ausländischem Kapital und Maschinen ermöglichten Exportindustrie steht eine schwach entwickelte heimische Wirtschaft gegenüber.

Die Heterogenität überträgt sich auch auf die tunesische Geografie. Es besteht ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen den Küstenregionen und dem Landesinneren. *Offshore*-Industrie, Tourismus sowie die profitableren Sektoren der Agrarwirtschaft sind alle entlang der Küste konzentriert. Die Landesteile im Westen entlang der algerischen Grenze und im Süden zählen zu den ärmsten Tunesiens. Nicht nur die Wirtschaft ist hier schwächer, auch Bildung, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur sind deutlich weniger entwickelt als an der Küste.

Der Rohstoffsektor ist geschwächt

Tunesien verfügt nur über geringe Mengen natürlicher Rohstoffe. Die Öl- und Gasförderung deckt nicht den heimischen Bedarf. Über neue Methoden der Rohstoffgewinnung, insbesondere *Fracking*, wird nachgedacht. Sie treffen jedoch auf großen Widerstand in der Zivilgesellschaft.

Der wichtigste Rohstoffexport Tunesiens ist Phosphat, das vor allem als Düngemittel in der globalen Landwirtschaft zum Einsatz kommt. In Tunesien wird Phosphat besonders im Landesinneren, im sogenannten *bassin minier* um die Städte Gafsa und Métlaoui, abgebaut. Anschließend wird es an die Küste transportiert und dort raffiniert. Sowohl beim Abbau als auch bei der Weiterverarbeitung des Phosphats entstehen jedoch große Mengen giftigen Abraums und Schlamm, der oftmals gering radioaktiv ist. Diese Abfallprodukte werden zunehmend für schwere Erkrankungen von Arbeiter_innen und Anwohner_innen verantwortlich gemacht. Ganze Landstriche und Teile der Küste um die Städte Gabès und Sfax in Südtunesien sind auf lange Sicht verseucht. Der Golf von Gabès ist so stark mit Phosphatrückständen belastet, dass der Fischbestand dort erheblich zurückgegangen ist.

Soziale Folgen der wirtschaftlichen Schwäche

Nicht nur die Umwelt leidet unter der Wirtschaftspolitik. Die sozialen Verwerfungen werden mit der schwierigen

wirtschaftlichen Situation noch drängender. Die Arbeitslosigkeit ist mit einer Quote von landesweit offiziell 15,8 Prozent eines der Hauptprobleme. Diese trifft besonders Jugendliche – je nach Region zwischen 20 und 30 Prozent – und Frauen – je nach Region zwischen 32 und über 50 Prozent. Viele finden trotz Universitätsabschlüssen keine Arbeit. Hinzu kommt das regionale Gefälle; im Landesinneren existiert kaum Arbeit für Graduierte. Diese Faktoren summieren sich: Am schwierigsten ist es für junge Frauen mit Universitätsabschluss im Landesinneren einen Job zu finden; für sie beträgt die Arbeitslosenquote teilweise über 60 Prozent. Dass sich eine universitäre Ausbildung vielfach kaum lohnt, ist ein fatales Signal für junge Tunesier_innen. Ursachen sind einerseits die geringe Qualität der Hochschulen, die kaum auf das Arbeitsleben vorbereiten, andererseits ein strukturelles Unterangebot an qualifizierten Arbeitsplätzen.

Die wirtschaftliche und soziale Lage vieler Tunesier_innen stellt eine schwere Hypothek für die junge Demokratie in Tunesien dar. Der tunesischen Zentralgewerkschaft UGTT, die 2015 für ihre Rolle im Transitionsprozess mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, ist es mit zahlreichen Arbeitskämpfen gelungen, die wirtschaftliche Situation vieler Arbeitnehmer_innen zu verbessern. Doch die Gewerkschaft ist vorrangig im öffentlichen Sektor und in den Staatsbetrieben stark. Arbeiter_innen im privaten Sektor und insbesondere im informellen Sektor haben oft keine Vertretung. Zudem finden Diskussionen zur wirtschaftlichen Lage und zum Entwicklungsmodell des Landes in der Gewerkschaft derzeit kaum statt.

Besonders im Landesinneren, wo Phosphat abgebaut wird, finden zahlreiche soziale Proteste statt. Teilweise werden diese von der Gewerkschaft organisiert, oft entstehen sie aber auch spontan im lokalen Kontext. Die Arbeitsplätze in der Phosphatwirtschaft, die von großen Staatsbetrieben dominiert wird, werden nach einem komplexen Schlüssel auf bestimmte Regionen, Stämme und Familien aufgeteilt. Dieses System ist jedoch sehr anfällig für Korruption und Vetternwirtschaft. Bereits einige Jahre vor der Revolution kam es zu Konflikten. 2008 gab es im *bassin minier* eine große Protestbewegung, die oft als Vorläuferin der Revolution angesehen wird.

Im Jahr 2015 kam es im *bassin minier* erneut zu großen Protesten und Blockaden. Dort und in anderen Regionen forderte die Bevölkerung, verstärkt an den Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft – hauptsächlich Öl und Gas –

beteiligt zu werden. Unter dem Schlagwort »Win El-Petrok« (»Wo ist das Öl?«) forderten Aktivist_innen mehr Transparenz im tunesischen Rohstoffsektor. Noch immer sind die Details vieler Verträge, die etwa ausländischen Unternehmen die Ausbeutung von Ölquellen erlauben, nicht öffentlich.

Anfang 2016 brachen im Landesinneren Proteste von Arbeitsuchenden aus. Der Regierung gelang es zwar, den Konflikt mit einigen Zusagen von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung oder in Staatsbetrieben zu entschärfen, doch fernab der Aufmerksamkeit der nationalen und internationalen Medien finden fast täglich kleine Protestaktionen statt – meist im Landesinneren und im Süden. Häufig geht es hierbei um den fehlenden Zugang zum Arbeitsmarkt. Hinzu kommen zahlreiche Selbstmorde von Verzweifelten. Der Selbstmord als Form des Protests existiert spätestens seit 2010, als die Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers die Revolution auslöste. Die Selbstmorde haben dann oftmals weitere Protestaktionen zur Folge.

Eine weitere Folge des Mangels an Arbeitsplätzen ist ein stetig wachsender informeller Sektor. Laut Schätzungen beläuft sich der informelle Sektor auf bis zu 50 Prozent des offiziellen tunesischen BIP. Hunderttausende arbeiten hier ohne soziale Sicherung und generieren keine Steuereinnahmen für den tunesischen Staat. In den Grenzgebieten wird ein reger informeller Handel und Schmuggel – hauptsächlich von Benzin, aber auch von Nahrung und Luxusgütern – von den Behörden toleriert. Versuche, den Handel zu unterbinden, haben oft zu gewaltsamen Protesten geführt.

Die Folgen der strukturellen Arbeitslosigkeit in Tunesien reichen sogar noch tiefer. Die umfassende Perspektivlosigkeit und Langeweile, insbesondere von jungen Männern, hat sich als guter Nährboden für religiöse Extremist_innen herausgestellt. Viele junge Tunesier_innen haben sich Gruppen wie dem »Islamischen Staat« in Syrien oder Libyen angeschlossen. Andere haben sich den innerhalb von Tunesien operierenden Organisationen zugewandt. Überproportional viele von ihnen stammen aus dem Landesinneren. Für die weitere Entwicklung in Tunesien ist die Sicherheitslage zentral. Drei schwere Attentate im Jahr 2015 haben Tunesien politisch und wirtschaftlich tief getroffen.

Soziale Sicherungssysteme in Schiefelage

Nominell verfügt Tunesien über sehr fortschrittliche Systeme der sozialen Sicherung. Öffentliche Renten- und Krankenversicherungen stehen den tunesischen Arbeitnehmer_innen zur Verfügung. Die hohe Arbeitslosigkeit und der große informelle Sektor haben diese Systeme jedoch an den Rand des finanziellen Kollapses gebracht. Diskussionen über die Anhebung des Renteneintrittsalters, das derzeit bei 60 Jahren liegt, haben bereits begonnen, werden jedoch auch von ersten Protesten begleitet.

Die Krankenversicherung (*Caisse Nationale d'Assurance Maladie*, CNAM), bei der auch Familienangehörige mitversichert sind, befindet sich in einer schweren finanziellen Krise. Die Qualität der öffentlichen Gesundheitsversorgung hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen. Ohnehin übernimmt die CNAM die Kosten nur teilweise. Viele Tunesier_innen haben daher eine private Zusatzversicherung abgeschlossen. Eine Arbeitslosenversicherung oder eine soziale Grundsicherung besteht in Tunesien nicht; die Ärmsten sind auf sich allein gestellt. Etwa 20 Prozent der Tunesier_innen leben unterhalb der Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag.

Die tunesischen Sozialsysteme müssten dringend mit Steuereinnahmen gestützt werden, doch in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation existiert dafür kaum Spielraum. Die staatlichen Finanzen sind ebenso angespannt. Umso dringender wäre eine Reform des tunesischen Steuersystems. Hohe Einkommen müssten stärker besteuert werden; viele Steuerprivilegien sollten überprüft werden. Die Hauptsteuerlast liegt derzeit auf den Arbeitnehmer_innen und Angestellten, wohingegen Selbstständige und Unternehmen nur einen geringen Beitrag leisten. Der Aufbau eines krisensicheren Gemeinwesens kann jedoch nur mit Beteiligung aller gesellschaftlicher Gruppen gelingen. Auf den Zusammenbruch der Systeme zu warten, wäre fatal.

Vorsichtige Reformen oder echte Neuausrichtung?

Die Wirtschaftspolitik der tunesischen Regierungen seit 2011 war geprägt von der gleichen Analyse und dem gleichen Dogma: Als Probleme werden Handelsbarrieren und unzureichende ausländische Investitionen ausge-

macht, als Lösungen werden Liberalisierung, Marktöffnung und Erleichterungen für Investitionen vorgebracht. Diese angebotsorientierte Wirtschaftspolitik stellt eine Fortsetzung der von Ben Ali seit den 1980er-Jahren implementierten Liberalisierung und Strukturanpassung dar. Das damit erzeugte Wachstum kam und kommt nur einer kleinen Elite zugute. Sozial schwächere Schichten profitieren kaum. Die sozialen Probleme lassen sich so nicht lösen. Ob die neue Regierung Alternativen in Betracht zieht, ist noch nicht absehbar, jedoch derzeit unwahrscheinlich. Im schlimmsten Fall steht Tunesien eine langwierige Sparpolitik bevor.

Ein klarer Plan, um die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen anzugehen, fehlt. Die Antworten der bisherigen Regierungen auf die stetig neu ausbrechenden sozialen Proteste sind meist eine Mischung aus Repression und Versprechungen von kurzfristigen Beschäftigungsmaßnahmen oder Investitionen. Bisher haben sich die tunesischen Regierungen vor allem auf Marktliberalisierung und Handelsabkommen konzentriert, etwa in Form eines neuen Investitionsgesetzes und Verhandlungen für eine vertiefte und umfassende Freihandelszone mit der EU. Weitere wichtige Punkte, wie etwa die Diversifizierung der Wirtschaft, die Qualität von Investitionen und eine verbesserte Wertschöpfung der Industrie spielen in wirtschaftlichen Debatten bislang kaum eine Rolle.

Notwendig ist deshalb ein radikales Umdenken der tunesischen Wirtschaftspolitik. Diese sollte den neoliberal inspirierten Kurs, durch eine angebotsorientierte Politik ausländische Investoren anzulocken, hinter sich lassen. Stattdessen sollte eine armuts- und beschäftigungsorientierte Politik begonnen werden, die mehr soziale Gerechtigkeit zwischen den Regionen, zwischen den Generationen und allen Tunesier_innen schafft. Die Löhne der ärmsten Tunesier_innen müssen dringend steigen; gleichzeitig müssen mehr Tunesier_innen den Weg in eine offizielle Beschäftigung finden. Die Agrarpolitik muss sich auf kleine Farmer_innen und die Produktion von Überschüssen bei den Grundnahrungsmitteln konzentrieren. Statt Austerität sollte versucht werden, mit einem dynamischen Wachstum zum Wohle aller Tunesier das Haushaltsdefizit auszugleichen.

Sozialpolitik sowie eine umfassende Sicherheitspolitik müssen zusammen gedacht und angegangen werden. Beide müssen als zwei gleichberechtigte Bestandteile

des Ziels langfristiger Stabilität verstanden werden. Nur mit mehr sozialer Gerechtigkeit kann Tunesien aus der wirtschaftlichen Krise entkommen und sich gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich weiterentwickeln.

Welche Rolle können Deutschland und die EU spielen?

Das Ziel einer sozial gerechten und nachhaltigen Entwicklung Tunesiens muss auch ein Interesse starker internationaler Akteure wie der EU, und insbesondere Frankreichs und Deutschlands, sein. Wenn Tunesiens Wirtschaft nicht gestärkt werden kann, droht ein zunehmender Kontrollverlust der Regierung. Die daraus resultierende Instabilität würde besonders für Europa zu einem Problem. Anhaltende Armut und Perspektivlosigkeit könnten den Migrationsdruck nach Europa verstärken.

Für Tunesien stellt die EU mit großem Abstand den wichtigsten Handelspartner dar. Fast 70 Prozent des tunesischen Außenhandels werden über die EU abgewickelt. Mit den Staaten der Region hat Tunesien bei weitem keine so umfassenden Handelsbeziehungen. Die EU wird dementsprechend eine zentrale Rolle für die weitere Entwicklung der tunesischen Wirtschaft in den kommenden Jahren spielen. Handel muss dabei als Instrument der Entwicklungszusammenarbeit verstanden werden. Zukünftige Abkommen, wie das Freihandelsabkommen mit der EU, sollten daher asymmetrisch sein. Das heißt, der tunesischen Seite müssten einige Vorteile eingeräumt und mehr Zeit für die notwendigen Anpassungen an EU-Standards gegeben werden. Dies kann auch heißen, dass südeuropäische Agrarproduzenten zugunsten der Stabilisierung Tunesiens die Konkurrenz südlich des Mittelmeers akzeptieren, wohingegen umgekehrt weniger europäische Produkte nach Tunesien exportiert werden. Besonders der von Schutzzöllen protegierte heimische Industriesektor muss langsam an Produktivität und Innovationen herangeführt werden. Eine übereilte Anpassung, die zehntausende Tunesier_innen den Job kosten würde, wäre unklug.

Die EU und Deutschland haben die Macht und die Möglichkeiten, notwendige wirtschaftliche Reformansätze in Tunesien zu unterstützen. Dabei sollte die Bedeutung von gesellschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit nicht übersehen werden. Europa, das jahrzehnte-



lang ein kriminelles und diktatorisches Regime hofiert hat, steht einerseits in der Verantwortung, Tunesien in dieser Situation zu unterstützen, andererseits hat die EU auch zahlreiche Interessen, die eine Unterstützung Tunesiens rechtfertigen – etwa in den Bereichen Sicherheit, Migration und Handel. Sofern die Tunesier_innen eine echte »Demokratiedividende« spüren, wird dies den Transformationsprozess nachhaltig stützen.



Über den Autor

Thomas Claes leitet im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tunesien das BMZ-Sondermittelprojekt »Sozial gerechte Wirtschaftspolitik in der MONA-Region«. Zuvor war er in anderen Positionen für die Stiftung in Tunis und Berlin tätig.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ralf Hexel, Leiter, Referat Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika

Tel.: +49-30-269-35-7421 | Fax: +49-30-269-35-9233
<http://www.fes.de/nahost>

Bestellungen / Kontakt:
info.nahost@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien für die Stiftung in Tunis und Berlin tätig.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-556-4